

nr. 8 – dez 2016/jan 2017

# ecke köpenicker

Seite 3: Was wird aus der Eisfabrik? Seite 4: Stolpersteine in der Köpenicker Straße

Seite 6/7: Bausenatorin Katrin Lompscher im Interview Seite 8: Debatte um den Bärenzwinger



Ch. Eckelt

*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.  
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*

## Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



## Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an [ecke.koepenicker@gmx.net](mailto:ecke.koepenicker@gmx.net). Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 23. Januar. Unser letztes Bilderrätsel zeigte den Eingang des Punkthochhauses Köpenicker Straße/Heinrich-Heine-Straße. Gewonnen hat Monika Garrecht – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

## Liebe Leserinnen und Leser,

es ist wohl nicht übertrieben zu sagen, dass 2016 ein sehr bewegtes Jahr voller Turbulenzen war (vor allem im großen Maßstab), das man sicher so schnell nicht vergessen wird. Umso mehr wünschen wir Ihnen (und uns) ein hoffentlich gutes neues Jahr! Wir alle sind auch sehr gespannt, was die neuen politischen Konstellationen im Senat und im Bezirk mit sich bringen werden.

Auch 2017 werden wir mit der »Ecke Köpenicker« das Geschehen im Gebiet begleiten, Sie über Aktuelles im Kiez, über stadtpolitische Debatten im Land Berlin und im Bezirk informieren und interessante Menschen aus der Nachbarschaft vorstellen.

An dieser Stelle möchten wir aber vor allem Ihnen ganz herzlich danken: All jenen Leserinnen und Lesern, die mit bemerkenswert großer Aufmerksamkeit die Zeitung wahrnehmen und uns mit vielen Briefen, Postkarten, Mails, Anrufen Resonanz geben, mit

ermutigenden und auch kritischen Kommentaren, Hinweisen und Beiträgen, manchmal einfach auch mit Fragen (bei denen wir hoffentlich weiterhelfen konnten).

Für dieses Vertrauen, den Zuspruch und die Herzlichkeit, die uns zuteil werden, danken wir Ihnen sehr! Die nächste »Ecke« können Sie Anfang Februar lesen. Bis dahin wünschen wir Ihnen möglichst stressfreie und erholsame Feiertage und einen guten Start in das kommende Jahr 2017! Das »Ecke«-Team

### Leserpost

Meist nehme ich auf dem Bio-Markt die Zeitung mit. So informativ wie die November-Ausgabe war für mich (73 Jahre) noch keine andere. Ich gratuliere Ihnen zum Bericht über das Gespräch mit Herrn Stephan von Dassel. Mir wurde richtig wohl, was die Zukunft unseres Bezirks betrifft. Über den Werdegang des neuen Bezirksbürgermeisters habe ich mich dann gleich im Internet informiert. Scheint alles gut zusammen zu passen. Genau wie Sie beide. Mit freundlichen Grüßen, Ingrid P.

## Termine

(alle im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101)

### Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich das nächste Mal am Dienstag, dem 17. Januar um 18.30 Uhr. Als Interessenvertretung der Bürger ist sie ein wichtiges Gremium im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen sind öffentlich, jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die BV freut sich über neue Mitstreiter!

### Bürgersprechstunde im Sanierungsgebiet

Jeden Montag von 14 bis 18 Uhr steht das Koordinationsbüro KoSP als Gebietsbetreuer des Sanierungsgebiets bei einer Bürger- und Akteursprechstunde zur Verfügung, um Fragen rund um das Sanierungsgeschehen zu beantworten. Zudem bearbeitet das Koordinationsbüro sämtliche Nutzungsanfragen für den Stadteilladen. Dieser steht für Aktivitäten und Veranstaltungen mit Quartiersbezug unentgeltlich zur Verfügung. Mehr Informationen auf der Website [www.luisenstadt-mitte.de](http://www.luisenstadt-mitte.de)

### Stadteilkoordination

Offene Sprechstunde: mittwochs 15–18 Uhr  
Kontakt: Sylvia Euler, KREATIVHAUS e.V., Fischerinsel 3, 10179 Berlin, (030) 238 09 13 [stadteilkoordination@kreativhaus-tpz.de](mailto:stadteilkoordination@kreativhaus-tpz.de)

### Nächste Ecke

Die nächste »Ecke Köpenicker« erscheint Anfang Februar. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf den Websites [www.luisenstadt-mitte.de](http://www.luisenstadt-mitte.de) und [www.buergerverein-luisenstadt.de](http://www.buergerverein-luisenstadt.de).

### Impressum

**Herausgeber:** Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt  
**Redaktion:** Christof Schaffelder, Ulrike Steglich  
**Redaktionsadresse:** »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, [ecke.koepenicker@gmx.net](mailto:ecke.koepenicker@gmx.net)  
**Fotoredaktion:** Christoph Eckelt, [eckelt@bildmitte.de](mailto:eckelt@bildmitte.de)  
**Entwurf und Gestaltung:** capa, Anke Fesel, [www.capadesign.de](http://www.capadesign.de)  
**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, [www.berliner-zeitungsdruck.de](http://www.berliner-zeitungsdruck.de)  
**Vi.S.d.P.:** Ulrike Steglich  
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

## Denkmalretter

### Anwohner und etliche Initiativen kämpfen um die Eisfabrik

Seit vielen Jahren liegt das Areal der mit dem denkmalgeschützten Ensemble der alten Eisfabrik brach – und das macht vielen Anwohnern Sorge. Das (immer noch bewohnte) Vorderhaus an der Köpenicker Straße ist inzwischen in bedenklichem Zustand, ganz zu schweigen von der alten Eisfabrik selbst, die seit ihrem Leerstand Mitte der 90er immer mehr verfällt und deren wertvoller historischer Technikbestand in den letzten Jahren auch von Unbehaugten geplündert wurde. Geplündert wurde hier aber auch in ganz anderen Maßstäben.

Anfang Dezember trafen sich im Stadteilladen »dialog 101« deshalb Vertreter der Anwohnerinitiative zum Erhalt der Eisfabrik, des Bürgervereins Luisenstadt, der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt und andere Engagierte, um die Lage zu beraten und zu überlegen, wie es weitergehen kann. Denn die Lage ist kompliziert. Das gesamte Areal fiel nach der Stilllegung der Fabrik an die Treuhandliegenschaftsgesellschaft TLG, wie so viele Immobilien einstiger abgewickelter DDR-Betriebe. Dann passierte gar nichts, außer, dass die TLG immer mal wieder unentschieden Verkaufsabsichten oder aber eigene Entwicklungsabsichten äußerte. Dabei mangelte es keineswegs an Investoren oder Kaufinteressenten. Darunter war auch die Telamon GmbH, die das gesamte Areal zum Kulturstandort entwickeln wollte – als Pendant zum »Radialsystem« am gegenüberliegenden Spreeufer, das sie bereits erfolgreich zum Standort für Theater, Tanz,

Bühne, Stadtdebatten entwickelt hatte. Die Eisfabrik, so stellte es sich die Telamon vor, könnte ein ergänzender Standort beispielsweise für bildende Kunst werden.

Doch die TLG verkaufte im Jahr 2008 lediglich einen Teil des Areals an die Telamon GmbH – nämlich nur das mit dem alten Kessel- und Maschinenhaus. Den weitaus größeren und lukrativeren Teil des Areals auf der linken Seite, mit der Wohnbebauung vorn, den Kühlhäusern hinten und der Freifläche behielt sie, das Grundstück wurde auf ihren Antrag hin 2008 geteilt. Und trotz aller Gegenwehr von Initiativen schaffte es die TLG, die denkmalgeschützten Kühlhäuser anschließend abreißen zu lassen. Seitdem steht ihr eine großzügige und lukrative Freifläche zwischen der vorderen Wohnbebauung und dem Spreeufer zur Verfügung, die sich um so besser vermarkten lässt, je knapper die Flächen in der Stadt werden, noch dazu in bester Lage. Inzwischen ist die TLG selbst privatisiert – und nun hat sie als Grundstückseigentümerin einen neuen Investor präsentiert, der zusammen mit einem renommierten Architekturbüro eine Planung für einen Bauvorbescheid vorlegte. Dieser Bauvorbescheid musste vom Bezirk auch positiv beschieden werden, da er nach etlichen Nachbesserungen allen Anforderungen des Bezirks entsprach (wir berichteten in der letzten Ausgabe).

Dagegen steht die Telamon nun mit dem bloßen Fabrikgebäude da: Und daraus einen öffentlich zugänglichen Kulturstandort zu machen, ist nach wirtschaftlichen Aspekten kaum möglich, denn das Gebäude ist stark sanierungsbedürftig. Eine Misch- und Querfinanzierung hätte nur mit dem gesamten Areal funktioniert, nicht aber mit dem einsamen stillgelegten Fabrikgebäude. Immerhin – die TLG samt ihrem neuen Investor

sieht nun auf dem hinteren Grundstücksteil keine Wohnnutzung mehr vor (die eine kulturelle Nutzung der Eisfabrik wegen der Störfaktoren durch Publikumsbetrieb unmöglich gemacht hätte), sondern eine gewerbliche Nutzung: Büros und Kreativwirtschaft.

Das ändert aber nichts daran, dass die Zukunft des Areals weiter ungewiss ist. Ein Bauvorbescheid für die TLG und den neuen Investor für die Vorderhäuser und die vorgeschlagene Neubebauung auf dem linken Grundstücksteil heißt ja noch lange nicht, dass dort tatsächlich so gebaut wird: er ist keine verbindliche Baugenehmigung. Und die Telamon ist ja noch keinen Schritt weiter. Immerhin registrieren Anlieger, dass am ehemaligen Fabrikgebäude seit Mitte November dringend notwendige Sicherheitsmaßnahmen vorgenommen werden – ein weiterer Winter mit offenen Fenstern wäre verheerend für das alte Gebäude.

Anwohner, Bürgerverein, Betroffenenvertretung und andere benachbarte Initiativen wollen jedoch den ungewissen Zustand nicht länger hinnehmen. Seit Jahren kämpfen sie um den Erhalt eines bedeutenden Berliner Industriedenkmal und des denkmalgeschützten Ensembles – und auch um eine künftige kulturelle Nutzung auf den hinteren Grundstücksteilen. Ausdrücklich sehen sie das gesamte Areal trotz der Grundstücksteilung als denkmalgeschütztes Ensemble.

Zu retten wären in erster Linie Vorderhaus und Seitenflügel (im Besitz der TLG) sowie die noch übriggebliebene Fabrik: das Maschinen- und Kesselhaus mit dem prägnanten Schornstein (Telamon).

Klar ist aber auch: Das Kerngebäude der Eisfabrik wird ohne öffentliche Förderung kaum als Ort zu halten sein – schon gar nicht als neuer öffentlicher kultureller Standort. Hoffnung setzen die Engagierten nun in die neue Stadtpolitik. Ihren dringlichen Appell werden sie deshalb jetzt an den neuen Berliner Kultursenator Klaus Lederer richten (zu dessen Ressort nun auch die Denkmalpflege gehört) und an die neue Berliner Bausenatorin Katrin Lompscher. Ideen gibt es viele: so könnte u.a. auch das Technik-Museum einbezogen werden. Ob es um einen Grundstückserwerb durch das Land Berlin geht oder aber eine öffentliche Förderung, sei zunächst dahingestellt und muss natürlich auch mit dem Eigentümer geklärt werden.

Nur ins Gespräch sollte man sehr, sehr schnell mit allen Beteiligten kommen. Sonst verschwindet ein weiteres Berliner Denkmal (und potenzieller Kulturstandort) sang- und klanglos aus dem Stadtbild. Und es waren schon viel zu viele. Ulrike Steglich





# Auf den Spuren der Stolpersteine

*Verfolgte, Enteignungen, Widerstand, Zwangsarbeit: Die Köpenicker Straße in der Nazizeit*

*Über Stolpersteine, die an deportierte und ermordete jüdische Anwohner erinnern, wurde schon viel berichtet. Zusätzliche konkrete Bedeutung bekommen sie, wenn sie ehemaligen Bewohnern jenes Hauses gewidmet sind, in dem man heute selbst wohnt. Möglicherweise lebten sie sogar in derselben Wohnung?*

Im November wurden in der Köpenicker Straße 40/41 gleich vier Stolpersteine verlegt. Drei der vier, an die sie erinnern, wählten angesichts der Naziverfolgung den Freitod. Stolpersteine zeichnen die Spuren der Verfolgung nach. Natürlich spiegelt dies nur einen kleinen Teil des Bildes, das durch weitere Fakten ergänzt wird. So galten ca. 100 Firmen in der Köpenicker Straße aufgrund ihrer Zuordnung durch die Faschisten als jüdisch und wurden «zwangsarisiert», enteignet oder geschlossen. Die Stolpersteine in der Köpenicker Straße 36–38 erinnern an Menschen, die jüdischen Bürgern halfen, sich zu verstecken. So Adolf Wiegel, der seit 1915 eine Druckerei in der Köpenicker Straße 115 besaß und in der Köpenicker Straße 36 wohnte. In seiner Firma wurden seit 1940 ca. 30 jüdische Zwangsarbeiter beschäftigt. Darunter Gudrun Scharff, verheiratet mit Werner Scharff, sie wohnten in der Lausitzer Straße. Lange glaubten die Scharffs nicht, dass die Drohungen der Nazis wahr würden. Erst die Pogrome 1938 ließen sie den Ernst der Lage erkennen. Sie begannen, anderen Verfolgten zu helfen. Ab 1941 hatten sie Verbindungen zur Synagoge Levetzowstraße (Berlin-Moabit), wo die Deportationslisten erstellt wurden. So konnten sie akut Bedrohte warnen. Sie selbst flüchteten am 10. Juni 1943 vor der Deportation in den Untergrund, wurden aber vier Tage später von der Gestapo verhaftet und nach Theresienstadt verschleppt. Werner Scharff gelang die Flucht. Angesichts dessen, was er gesehen hatte, wollte er nun so viele Menschen wie möglich vor der Deportation retten. Die Widerstandsgruppe »Gemeinschaft für Frieden und Aufbau« entstand, der Juden und Nichtjuden angehörten. In massenhaft verteilten Flugblättern informierten sie über die Vorgänge in den KZ und riefen zum

Widerstand auf. Ida Röscher und die Familie Wiegel stellten ihre Villa in Prieros als Versteck zur Verfügung. Als die Gruppe im Oktober 1944 aufflog, wurden Ida Röscher, Paula Wendt (geb. Butzke), Frida und Adolf Wiegel in der Wohnung in der Köpenicker Straße 36–38 festgenommen. Auch die Druckerei (in der vermutlich ein Teil der Flugblätter hergestellt wurde) wurde durchsucht. Die Familie Wiegel war sehr wohlhabend. Ihr Eigentum – Möbel, Inventar sowie eine bedeutende und unter Sammlern bekannte, wertvolle Briefmarkensammlung – wurde durch die Gestapo geplündert. Die Frauen wurden in das »Arbeitserziehungslager« Fehrbellin und Adolf Wiegel ins Lager Wuhlheide gesteckt. Als die sowjetischen Truppen immer näher rückten, wurde das Lager Wuhlheide aufgelöst, die Insassen wurden am 24. März 1945 auf den »Todesmarsch« ins KZ Dachau getrieben. Nach mehren Tagen zu Fuß brach Adolf Wiegel am 8. April entkräftet bei Sonneberg in Thüringen zusammen. Er wurde von der SS erschossen und in einem Massengrab verscharrt. Die Frauen überlebten den Krieg, wie auch viele der Widerstandsgruppe. Der Vormarsch der Roten Armee führte zur Auflösung des Volksgerichtshofes, so dass es nicht mehr zu einem Prozess kam, der für viele das Todesurteil bedeutet hätte. Werner Scharff war nach den Verhören im Polizeigefängnis am Alexanderplatz ins KZ Sachsenhausen überstellt worden, wo die SS ihn erschoss. Der Hass gegen die Juden diente auch der Vorbereitung des brutalsten Krieges des 20. Jahrhunderts. Während des Kriegs wandelte sich das Bild in der Köpenicker. In vielen Firmen wurden nun Rüstungsgüter hergestellt. Dazu gehörte auch die Firma Schuchardt in der Köpenicker Straße 55, die u.a. Feldtelefone für die Wehrmacht herstellte, oder die noch heute existierende Firma »Deutsche Schlauchboot« in der Köpenicker Straße 32. Da die Arbeiter an die Front geschickt wurden, mussten nun Zwangsarbeiter deren Arbeit verrichten. Die »Berliner Geschichtswerkstatt« zählt 30 Firmen in der Köpenicker Straße auf, in denen Zwangsarbeit verrichtet wurde, und mindestens 12 Arbeitslager für ukrainische, polnische und französische Zwangsarbeiter. Jüngst wurde ein Buch der inzwischen 88-jährigen Vera Friedländer veröffentlicht: »Ich leistete Zwangsarbeit für Salamander«. Darin berichtet sie über die Zustände in der Außenstelle von Salamander in der Köpenicker Straße 6a, wo sie als »Halbjüdin« Zwangsarbeit leisten musste. Ihr Vater war Christ, die Mutter Jüdin. Der Vater weigerte sich, sich scheiden zu lassen und schützte damit seine Frau vor Deportation. Er kam selbst in ein Arbeitslager. Ausführlich setzt sich die Autorin mit Salamander und deren Umgang mit Zwangsarbeitern sowie der späteren Darstellung in der Firmenchronik auseinander. Dort leugnet die Firma die furchtbaren Bedingungen für die Zwangsarbeiter und die Existenz der Außenstelle. Zur Sicherung der Produktion, so heißt es in der Chronik lediglich, wurden Arbeiter »im Ausland geworben«. Der Krieg kehrte schließlich zu seinem Ausgangspunkt zurück, auch dieser Teil der Luisenstadt wurde schwer getroffen. Erst jetzt, über 70 Jahre nach dem Krieg, verschwinden die letzten Bombenlücken und Brachen. Freilich ist das weniger einem gezielten Wiederaufbau als vielmehr einem ungezügelt boomenden Immobilienboom zuzuschreiben. *Peter Schwoch*

*Literatur: Vera Friedländer: »Ich war Zwangsarbeiterin bei Salamander«, Verlag Das Neue Berlin, 2016; »Man kann nicht eine halbe Jüdin sein«, 1996. Wilfried Löhken, Werner Vathke: »Juden im Widerstand«, Edition Hentrich 1993 [www.stolpersteine-berlin.de](http://www.stolpersteine-berlin.de)*

## Kommentar

### »Regionalausschüsse« nach Hamburger Vorbild

Im Jahr 2001 wurden mit der großen Bezirksreform die ehemals 23 Berliner Bezirke auf 12 fusioniert. Seitdem ist Berlin-Mitte der drittgrößte Stadtbezirk Deutschlands, nach Hamburg-Wandsbek und Berlin-Pankow. Wäre er eine eigenständige Stadt, so schaffte er es mit seinen 368.000 Einwohnern in der Liste der größten deutschen Städte auf Platz 16 – knapp vor Bochum.

Bochum besteht aber wiederum aus sechs Bezirken – für durchschnittlich 61.000 Einwohner gibt es dort eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene »Bezirksvertretung«. Ähnlich ist fast jede andere Großstadt in Deutschland aufgebaut: München (1,45 Mio Einwohner) zum Beispiel besteht aus 25 Stadtbezirken mit gewählten Bezirksausschüssen, Frankfurt (733.000 Einwohner) aus 16 Ortsbezirken mit gewählten Ortsbeiräten, Leipzig (556.000 Einwohner) hat 14 gewählte Ortschaftsräte. Je größer die Städte, desto größer sind in der Tendenz auch die Stadtbezirke mit Bürgervertretungen, aber nirgends umfassen sie deutlich mehr als 100.000 Einwohner – außer in Hamburg und Berlin. Wobei sich Hamburg von Berlin in einem wesentlichen Punkt unterscheidet: In den sieben Hamburger Bezirken bilden nämlich die Bezirksversammlungen nicht nur Fachausschüsse wie in den Berliner Bezirken, sondern auch sogenannte »Regionalausschüsse«. Hamburg-Mitte (280.000 Einwohner) zum Beispiel besteht aus vier Bezirksregionen. Zu jeder von ihnen tagen monatlich öffentliche Regionalausschüsse – und teilweise auch deren »Unterausschüsse für Bau-

angelegenheiten«. Dabei werden nicht nur die üblichen kommunalen Forderungen beraten (»Fußgängerwege im Park am Modellteich Kirchdorf sanieren«), sondern auch Gäste empfangen und Projekte erörtert: Vertreter der Bezirksverwaltung, der Senatsbehörden, von städtischen Gesellschaften und auch von Privatinvestoren in den Regionen stellen sich dort regelmäßig mit ihren Vorhaben vor. Auch für die Hamburger Bürgerschaft gibt es damit also eine »kleine politische Bühne« auf Stadtteilebene. Warum nicht auch in den Berliner Bezirken?

Auch bei uns sind die meisten Ämter der Bezirksverwaltungen intern nach Stadträumen organisiert. Die Unterteilung des Bezirks Mitte in vier »Prognoseräume« (Wedding, Gesundbrunnen, Moabit und Zentrum) und zehn »Stadtteilregionen« setzt sich dabei immer deutlicher durch. Für diese Stadtteilregionen wurden jüngst sogar eigene »Stadtteilkordinationen (STK)« berufen, die in den diversen Stadtteil- und Familienzentren das bürgerschaftliche Engagement in der Nachbarschaft befördern sollen. Würde ihnen diese Aufgabe nicht wesentlich leichter fallen, wenn auch die BVV sich regionalisierte und zumindest für die vier Prognoseräume eigene Ausschüsse einrichtete? Dort sollten auch Stadtteilvereine und -vertretungen, Quartiersräte, Bürgerinitiativen, Mieterbeiräte und andere Nachbarschaftsorganisationen über ihre Angelegenheiten berichten. Das würde die Verbindung der BVV zu den Stadtteilen stärken und es dem Bezirk damit ermöglichen, eine demokratische Kultur von Bürgerbeteiligung zu entwickeln, wie es alle Parteien einfordern.

Die Bezirksfusion von 2001 lässt sich nicht wieder rückgängig machen. Aber wäre es an der Zeit, einmal kritisch darüber nachzudenken, wie man diese Reform weiterentwickeln könnte. Regionalausschüsse für Wedding, Gesundbrunnen, Moabit und das Zentrum wären dabei ein überlegenswerter Schritt. *Christof Schaffelder*

## Bildecke





Ch. Eckelt

## »Wir dürfen den Bestand nicht vergessen«

*Karin Lompscher (Die Linken) im Interview*

»Mir ist jede Stadt recht. Hauptsache, es ist Berlin.«

Karin Lompscher ist die neue Senatorin für das Ressort Bauen/Wohnen in der neuen rot-rot-grünen Berliner Regierung. Seit über 20 Jahren ist sie eine zuverlässige Größe in der Stadtpolitik: Die gebürtige Ostberlinerin ist vom Fach, sie hat Stadtplanung studiert, als Planerin gearbeitet und alle möglichen Politik- und Verwaltungsebenen von der Pike auf kennengelernt. Sie war Bezirksverordnete in Treptow und danach Bürgerdeputierte in der BVV Mitte, Mitarbeiterin der damaligen PDS im Abgeordnetenhaus, Stadträtin für Stadtentwicklung in Lichtenberg, von 2006 bis 2011 Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, danach in der Opposition Sprecherin der »Linke«-Fraktion für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

*Frau Lompscher, wie fühlen Sie sich als künftige Bausenatorin?*

Etwas angespannt. Auch überrascht. Ich habe großen Respekt vor diesem Amt, aber auch Lust darauf.

*Sie übernehmen die Verantwortung für eines der dringlichsten Themen der Stadt: Wohnungsbau.*

Die wachsende Stadt bedeutet ja mehr als nur Wohnungsneubau. Man kann nicht einfach drauflosbauen ohne Rücksicht auf Verluste. Wir müssen zielgruppengerecht bauen, also vor allem Wohnungen mit niedrigen Mieten. Und wir müssen stadtverträglich und ökologisch sinnvoll bauen. Dafür brauchen wir erstens eine zügige Überarbeitung der Planungsgrundlagen, denn ohne gute Planung geht der Wohnungsneubau keineswegs schneller. Zweitens brauchen wir keine kommunikativen Verhärtungen.

*Man kann nicht einfach drauflosbauen ohne Rücksicht auf Verluste.*

*Für Wohnungsneubau braucht man vor allem Flächen, und die Grundstückspreise explodieren.*

Und das wird auch nicht einfacher, nur weil jetzt Rot-Rot-Grün regiert. Vor allem müssen wir sehr sorgfältig mit den Flächen im Landesbesitz umgehen und sie den städtischen Wohnungsbaugesellschaften zur Verfügung stellen. Auf keinen Fall dürfen Flächen privatisiert werden, die sich für Wohnungsbau eignen.

Die Vorsorge für Flächen und eventuelle strategische Ankäufe sind schwierig zu or-

ganisieren, als man gemeinhin denkt. Beispielsweise die Anwendung des Vorkaufsrechts, das die Bezirke unter bestimmten Voraussetzungen ausüben können: Hier brauchen wir Verfahren, die in der vorgeschriebenen knappen Acht-Wochen-Frist funktionieren. Die Finanzierung muss geklärt sein und zwischen den Bezirken und dem Senat muss es eine verlässliche Kooperation geben, wenn z.B. Wohnungsbaugesellschaften in Grundstücksankäufe eintreten sollen.

Die Grundstückspreise steigen rasant. Es gilt, mit rechtlichen Instrumenten Einfluss auf den Bodenmarkt auszuüben. Angesichts der aktuellen Situation ist es umso wichtiger, die Planungsgrundlagen auf einen neuen Stand zu bringen. Der Stadtentwicklungsplan Wohnen war schon bei seiner Beschlussfassung 2014 nicht mehr aktuell! Es gibt keine Erhebung von Leerständen, deshalb operiert man hier noch immer mit gefühltem Wissen. Wie groß die Nutzungs- und Flächenpotenziale wirklich sind, ist bislang unbekannt. Und natürlich muss untersucht werden, wo Nutzungsänderungen möglich sind.

*Selbst Büroflächen werden inzwischen knapp. Wo kann Berlin noch bauen?*

Wir müssen die knapper werdenden Flächen intelligenter, nachhaltiger und multifunktionaler erschließen. Dazu gehört auch, die BEPs – die bezirklichen Bereichsentwicklungsplanungen – zu prüfen und zu aktualisieren. Die aktuellsten sind von 2007! Auf der Grundlage aktualisierter gesamtstädtischer und bezirklicher Planungen soll der Senat mit jedem Bezirk Vereinbarungen über Wohnungsbau, Infrastruktur und Mittelbedarf abschließen. Das ist der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag.

Man sollte sich aber auch bewusst machen, dass Berlin noch immer mit einer sehr großzügigen Struktur und Potenzialen gesegnet ist. Andere deutsche Großstädte – München, Frankfurt oder Hamburg – haben viel gravierendere Flächenprobleme. Aber sie sind besser regional vernetzt als Berlin mit Brandenburg.

Nun gibt es in Brandenburg eine SPD-Linke-Koalition, mit ihr werden wir sicher neu über die gemeinsame Metropolregion und über Kooperationen reden können. Es gibt große Verflechtungen und Potenziale, aber natürlich auch Mentalitätsunterschiede.

Wir werden aber die Berliner Wohnungsprobleme nicht lösen, indem sich die Stadt in die Fläche ergießt. Auch die Innenstadt birgt noch genügend Potenziale.

Berlin hat mit seinen vielen Stadtteilen und Zentren einen großen Vorteil. Im Jahr 2020

begehen wir 100 Jahre Groß-Berlin: ein kommunales Großereignis, das Impulse für die Zukunft sendet. Vor der Bildung der Einheitsgemeinde waren die Wohnungsnot und die Verbesserung der Wohnverhältnisse zentrale Themen. Im »Verein Groß-Berlin« versammelten sich damals die klügsten reformorientierten Köpfe der Stadt und beschäftigten sich intensiv mit sozialen Fragen.

*Alle beklagen die Wohnungsnot. Doch wo immer ein städtisches Bauvorhaben angekündigt wird, gehen Anwohner auf die Barrikaden nach dem Motto: Not in my backyard. Wohl auch, weil man gegen private Investoren nicht viel ausrichten kann. Wie wollen Sie mit dieser Blockade umgehen?*

Mit einer vernünftigen Planung und Kommunikation geht das durchaus, wie man bei vielen Vorhaben, beispielsweise bei den Treskow-Höfen in Lichtenberg sehen kann. Man muss die vorhersehbaren Nachteile mit erkennbaren Vorteilen für die Anwohner verbinden. Wenn der Neubau auch infrastrukturelle Verbesserungen für den gesamten Kiez bietet, sind die positive Resonanz und Gesprächsbereitschaft viel größer. Entscheidend sind auch die frühzeitige Information und Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohner in die Planungen.

Diese protestieren zu Recht, wenn sie sehen, dass Wohnungsbauvorhaben in der Nachbarschaft ohne Rücksicht auf die Umgebung und ausschließlich mit viel zu hohen Mieten geplant werden. Deshalb müssen wir zielgruppengerecht sozial verträglichen Neubau entwickeln, gemeinsam mit den Anwohnern. Auch die Nutzungsmischung und gute Verkehrsanbindungen sind wichtig.

Die städtischen Wohnungsunternehmen sind in einer schwierigen Situation, die sie in vielen, aber eben nicht allen Fällen gut bewältigen. Vom Senat gab es Zielzahlen für den Wohnungsneubau und etwa hundert städtische Grundstücke. Und ansonsten nur die Ansage: Macht, wie ihr wollt. Es fehlten politische Vorgaben und Unterstützung für eine partizipative Planung. Es gibt sehr vielfältige Formen der aktiven Bürgerbeteiligung, die gar nicht aufwändig sind und mit denen man viele Akteure einbeziehen kann. Hier brauchen wir schnelle und deutliche Verbesserungen.

*Zwischen Senat und den Bezirken gab es in der Vergangenheit viele ungeklärte Probleme: bei Mittel- und Personalzuweisungen, aber auch bei der Verteilung der Kompetenzen. Konflikte wurden teils auch rüde beendet, indem der Senat einfach Verfahren an sich zog. Berlin funktioniert dann gut, wenn Senat und Bezirke gut zusammenarbeiten. Verfah-*

ren an sich zu ziehen, nur weil man der Stärkere ist, ist unklug und ungeeignet. Sinnvoll ist es dann, wenn mehrere Bezirke betroffen oder die Vorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung sind. Der Senat muss im Zweifel moderieren, übernehmen oder schlichten, er sollte aber nicht einseitig die Regeln ändern. Es geht doch darum, gemeinsam und demokratisch politische Prozesse zu gestalten. Man muss sich vor Augen halten, dass jeder der Berliner Bezirke schon angesichts der Bewohnerzahlen zu den größten Städten Deutschlands gehört. Sie übernehmen wichtige kommunale Aufgaben für die Stadt. Dem muss der Senat Rechnung tragen und die Souveränität der Bezirke stärken, indem er sie unterstützt – inhaltlich und auch mit mehr Personal und Finanzen. Bei der Stadtentwicklung hilft es den Bezirken, wenn die planenden und bauenden Ämter gestärkt und unkompliziert Mittel für Gutachten und Untersuchungen zur Verfügung gestellt werden.

*Wir wollen wieder eine Förderung von Wohnraummodernisierung etablieren*

*Berlin hat nach 1990 stadtentwicklungspolitische Instrumente wie Entwicklungsgebiete oder Sanierungsgebiete probiert. Wie wollen Sie damit künftig umgehen?*

Beide Instrumente sind noch immer hoch interessant, heute insbesondere auch wegen der Möglichkeit, Bodenspekulation zu bremsen. Ob es neue Entwicklungsgebiete geben wird, ist noch in der Diskussion. Keinesfalls sollten sie jedoch wie in den 90er Jahren Millionengräber für öffentliche Gelder werden.

Die wohnungspolitische Debatte in Berlin ist zu sehr auf den Neubau fixiert. Wir dürfen die zwei Millionen Bestandswohnungen nicht vergessen, um die wir uns kümmern und die wir vor Preisaufrtrieb schützen müssen. Wir brauchen mehr Milieuschutzgebiete – und wir sollten auch erwägen, wieder mehr Sanierungsgebiete einzurichten. Denn durch das Sanierungsrecht gewinnt insbesondere das Vorkaufsrecht der Kommune und die Kaufpreisüberprüfung an Bedeutung, um Spekulation zu verhindern.

Wir wollen zudem wieder eine Förderung zur Wohnraummodernisierung mit entsprechenden Richtlinien etablieren. Der derzeitigen Praxis der Modernisierung als Mieterhöhungs- und Verdrängungsinstrument müssen wir auf Landesebene etwas entgegen setzen. Der große Hebel Mietrecht liegt aber beim Bund.

*Die Berliner Bezirke haben mit ihren Einwohnerzahlen schon jeweils Großstadtformat. Wie kann man damit umgehen, braucht es nicht kleinere Strukturen, um Bürgerbeteiligung zu ermöglichen?*

Sozialraumorientierung ist da das Zauberwort. Hier wollen wir stärken und unterstützen, was in dieser Richtung in den Bezirken läuft. Mitte ist mit seinen Diskussionen um neue Leitlinien zur Bürgerbeteiligung sicherlich auf dem richtigen Weg. Berlin war allerdings auch schon mal weiter. In Lichtenberg gab es 2001 zum Beginn meiner Amtszeit als Stadträtin ein bezirkliches Stadtteilmanagement. Dies ermöglichte nicht nur ressortübergreifendes Verwaltungshandeln sondern auch eine sehr gute Bürgerbeteiligung, inklusive der Aufstellung eines Bürgerhaushalts.

*Wie weit muss und darf Bürgerbeteiligung gehen?*

Sie muss frühzeitig, verständlich und umfassend erfolgen. Dabei muss klar sein, worin konkret die Möglichkeit des Mitredens und Mitentscheidens besteht und wie der Prozess weitergeht. Schließlich gibt es Entscheidungsverantwortliche in den Verwaltungen und in der Politik. Und die Möglichkeiten der direkten Demokratie, Entscheidungen in die eigene Hand zu nehmen.

*Interview:*  
Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

*Letzte Meldung: Andrej Holm ist neuer Staatssekretär für Wohnen*

*Karin Lompscher hat den auch international renommierten Soziologen und Stadtforscher Andrej Holm als neuen Staatssekretär für Wohnen benannt.*

*Mitte der 90er Jahre hatte er – noch als Student – in Alt-Mitte und Prenzlauer Berg Gentrifizierungsprozesse untersucht. 20 Jahre lang arbeitete und lehrte Holm dann u.a. an der Humboldt-Universität zum Thema Stadt. 2012 gründete er zusammen mit anderen Moabitern den »Runden Tisch gegen Gentrifizierung«. Im Wedding betreute er als Wissenschaftler die Untersuchungen zur Einrichtung von Milieuschutzgebieten.*

# Der Fuchs zieht um

Seit drei Jahren begeistert die Lesebühne Fuchs & Söhne ihre stetig wachsende Fangemeinde in Moabit. Zum Ende des Jahres verabschiedet sich das literarische Kollektiv von seinem alten Spielort, dem Historischen Gemeindesaal, und zieht zum Januar 2017 in das Zentrum für Kultur und Urbanistik – kurz: ZK/U. Wir haben die vier Autoren um kleine persönliche Anekdoten zum Thema Umzug gebeten. Aus Tiergarten, Tempelhof, dem Wedding und Berlins südlichem Stadtteil: Leipzig.



## Sebastian Lehmann / Tiergarten

Meine Mutter ruft an. »Sohn«, sagt sie sofort. »Wir haben eine Wohnung in Berlin gekauft.«  
»Wirklich?« rufe ich. »Seit wann habt ihr so viel Geld?«  
»Ach, dein Onkel Bill ist gestorben.«  
»Der reiche Onkel aus Amerika? Ich dachte, das habt ihr mir als Kind nur so erzählt.«  
»Sebastian, alles, was wir dir als Kind erzählt haben, ist wahr.«  
»Auch, dass ich eckige Augen bekomme, wenn ich zu viel fernsehe?«  
»Probier's lieber nicht aus!«  
»Wo in Berlin habt ihr denn die Wohnung gekauft?«, frage ich.  
»Ganz in deiner Nähe.«  
»Jetzt sag's ihm halt«, ruft mein Vater von hinten ins Telefon.  
»Wir haben deine Wohnung gekauft«, sagt meine Mutter.  
»Das ist ja cool«, rufe ich. »Dann muss ich keine Miete mehr bezahlen.«  
Meine Eltern beginnen laut zu lachen.  
»Ihr wollt von eurem eigenen Sohn Miete nehmen?«, frage ich.  
»Genaugenommen«, ruft mein Vater, »müssten wir deine Miete etwas anpassen. Das heißt, sie verdoppelt sich.«  
»Das dürft ihr doch gar nicht einfach so!«  
»Na ja, wir sanieren und nehmen bauliche Veränderungen vor«, sagt meine Mutter.  
»Wärmedämmung, Kinderwagenparkplätze und Gemeinschaftshundehütten«, ergänzt mein Vater.  
»Ihr wisst schon, wovon ich meine Miete bezahle?«  
Meine Eltern schweigen lange. »Von unserer Unterstützung?«, fragt meine Mutter leise.  
»Ich würde mal sagen, dass ihr die auch schleunigst verdoppelt«, sage ich und lege schnell auf.

## Kirsten Fuchs / Tempelhof

Wohnungen sind Schlampe. Eines Tages plauschte mich die alte Frau Patze im Hausflur an. Ihr Hörgerät piept immer und ich muss schreien, wenn ich mit ihr rede. In meiner Wohnung hat mal ihre Schwester gewohnt, erzählt sie mir. Und als wäre das nicht genug, brüllt sie weitere ehemalige Lebensgefährten meiner Wohnung im Hausflur herum. Meine Wohnung hatte schon etliche Frauen vor mir

und Männer auch. Jetzt wissen alle, dass ich mit einer Schlampe zusammen lebe. Als ich zurück in die Wohnung gehe, gehe ich mit schweren Füßen. Kaum wollen sie über die Schwelle. Ich versuche mir vorzustellen, wie dort, wo jetzt mein Schreibtisch steht, ein Omablenstander stand. Darüber ein Bild aus Wollfransen, eine Mühle an einem Fluss. Daneben eine dunkle Schrankwand mit einem Glasschrank voller Eierlikörgläschen.  
Nein, ich kann so nicht mehr. Ich will hier nicht alt werden. Wir haben uns auseinander gelebt. Wann hat mir meine Wohnung das letzte Mal die Tür aufgehalten? Wann hat sie mich das letzte Mal vom Bahnhof abgeholt? Wann hat sie das letzte Mal was Leckeres im Kühlschrank für mich versteckt? Ich will zu keiner Mieter-Wohnungs-Beratung. Wir können es nicht nochmal probieren. Sie ist mir zu eng geworden. Sie lässt mir nicht meine Freiheiten. Sie sperrt mich ein. Ich will einfach woanders von vorne anfangen. Wir können ja Freunde bleiben.

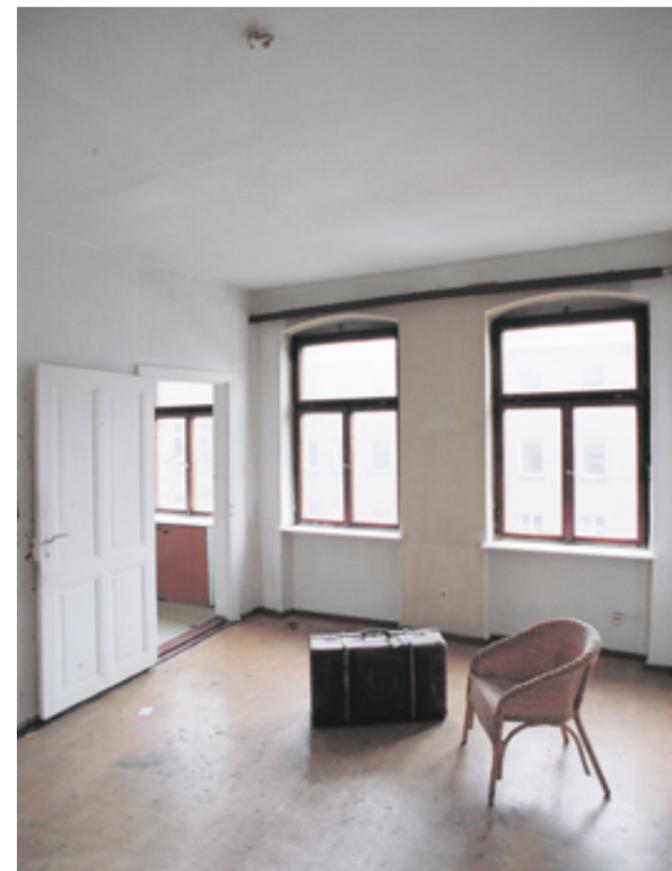
## Paul Bokowski / Wedding

»Ich muss ihnen leider noch ein Geständnis machen.« 26 junge Akademiker, die sich in meinem Wohnzimmer zusammengeschart haben, blicken mich mit erwartungsvollen Augen an.  
»Also die Wohnung«, setze ich an, »die kostet eigentlich ein bisschen weniger als in der Anzeige.« Eine Medizinstudentin in der zweiten Reihe hyperventiliert unauffällig in ihre Handtasche. »Wie viel weniger?« fragt ein Jurist aus Paderborn. »120 Euro.« Die angespannte Stille wird vom zischenden Geräusch eines Asthmatiker-Inhalators unterbrochen.  
»Warum ziehen Sie denn aus?«, fragt eine Wirtschaftsprüferin aus Hamm entgeistert in die Runde. »Es gibt da diese emotionale Komponente«, sage ich leise. »Ich habe meine Exfreundin in einer Fabrik für Raufasertapete kennengelernt.« Ein Werbetexter aus Lüdenscheid legt seine Hand tröstend auf meine Schulter. Schwer abzuschätzen, ob er mir gerade eine Tafel Milka-Schokolade oder ein iPhone 7 in die Gesäßtasche geschoben hat. Eine halbe Stunde später leuchtet die Telefonnummer meiner Vermieterin auf meinem Handy auf. »Frau Trautmann!« rufe ich gut gelaunt in das Gerät. »Bokowski!« zischt es mir entgegen. »Ich hab es einmal gesagt und ich sag es immer wieder: Hören Sie auf, Ihre Wohnung zu inserieren, wenn Sie NICHT vorhaben auszuziehen!«

## André Herrmann / Leipzig

Laut der Sendung »taff« wohne ich neuerdings in der gefährlichsten Straße Deutschlands, der Eisenbahnstraße in Leipzig. Und das Gerücht stimmt. Ich lebe in einem brennenden Haus, mein Haustürschlüssel ist eine Brechstange und meine Miete zahle ich in Gramm statt in Euro.  
Letztens saß ich beim Mittagessen. Eine Frau fragte mich: »Entschuldigen Sie, ist es hier sehr gefährlich? Unsere Tochter schaut sich um die Ecke gerade eine Wohnung an.«  
Ich antworte: »Geht so. Wie lang ist ihre Tochter schon weg?«  
Gestern stand ich vor meinem Haus, wartete auf jemanden, rauchte eine Zigarette und als ich von weitem eine Person kommen sah, rief ich: »Na, ganz allein im Dunkeln die gefährliche Eisenbahnstraße lang gelaufen?« Und erst dann bemerkte ich, dass das jemand völlig anderes war, der da gekommen war, nämlich ein armes Studentinmädchen, das völlig entsetzt stehen blieb, die Straßenseite wechselte und anschließend weg rannte. Prima, wieder einen Menschen in die Psychotherapie getrieben. Wahrscheinlich war es sogar das besagte Erstsemester-Mädchen, das erst im Oktober all den Warnungen ihrer Eltern zum Trotz auf die Eisenbahnstraße gezogen ist, und dann komme ich und zerstöre sein Leben. Ich bin ein furchtbarer Mensch. Aber wenigstens meine Miete bleibt stabil.

Die Lesebühne »Fuchs & Söhne«. Ab Januar 2017 im ZK/U – Zentrum für Kultur und Urbanistik, Siemensstraße 27 (Moabit). Jeden 3. Mittwoch im Monat. Einlass: 19:30 Uhr, Eintritt: 5 Euro



## Tonne Idee! – Der innovative Müllplatz Lösungen und zukunftsweisende Konzepte gesucht

Die BSR wendet sich mit ihrem (in Kooperation mit dem BBU und dem BDA Berlin) ausgelobten Award Tonne Idee! an die Fachöffentlichkeit, um einem vergleichsweise kleinen, aber gleichwohl wichtigen Aspekt des Bauens zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen: der Gestaltung des Müllplatzes.  
Um eine wachsende Stadt modern, nutzerfreundlich und attraktiv zu gestalten, braucht es innovative Konzepte auch für die Müllentsorgung. Die Berliner Stadtreinigung (BSR) sucht dafür gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern – dem BBU (Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.) und dem Bund Deutscher Architekten (BDA, Landesverband Berlin) Vorschläge in drei Kategorien.  
Der Wettbewerb richtet sich an Architekten, Planer, Bauträger, die Wohnungswirtschaft, an Studierende und Auszubildende der Architektur, Bau- und Wohnungswirtschaft und des Designs. Gesucht werden Musterlösungen, Entwürfe und Ideen für innovative Müllplätze in Berlin.  
Die besten Lösungen werden in drei Kategorien mit insgesamt 15.000 Euro Preisgeld prämiert. Bewerbungsschluss ist der 15. Februar 2017. Der Wettbewerb um das beste Konzept für einen Berliner Müllstandplatz wird in den drei Kategorien »State of the Art«, »Next Generation« und »Freestyle« auslobt.

### State of the Art

Gesucht werden gelungene bestehende Berliner Müllstandplätze, die praxisbewährte und umsetzungsfähige Musterlösungen für Berlin darstellen.

### Next Generation

Gesucht werden besondere Entwürfe für Berliner Müllstandplätze, die demnächst realisiert werden oder zukünftig realisiert werden könnten. Sie sollen praxistauglich und für Berlin anforderungsgerecht sein.

### Freestyle

Gesucht werden überzeugende visionäre Ansätze für einzelne Standplätze oder ganzheitliche Entsorgungskonzepte und -lösungen, von Sammellösungen im Haushalt bis zur Entsorgung. Die Ideen können reine Entsorgungslösungen darstellen und werden in ihrer ganzheitlichen Konzeption bewertet.

Die Gewinner werden durch eine fachkundige Jury ermittelt. Das Gremium verfügt über weitreichende Kompetenzen in Entsorgung, Architektur und Wohnungswirtschaft und besteht unter anderem aus Vertreterinnen und Vertretern der BSR, des BBU und des BDA sowie des Wettbewerbsportals competitionline. Die Preisverleihung findet im Rahmen einer repräsentativen Ausstellung der Gewinnerprojekte statt.

Detaillierte Informationen und die Bewerbungsunterlagen zum Award finden Sie unter [www.competitionline.com/BSR](http://www.competitionline.com/BSR), wo Sie auch Ihren Beitrag einreichen können.

Kontakt bei der Berliner Stadtreinigung BSR:  
Hendrik Haupt, Architektur-Award@BSR.de

# Nutzung gesucht!

Was wird aus dem Bärenzwinger im Kölnischen Park?



Seit über 700 Jahren ist der Bär das Wappentier von Berlin. Ursprünglich mit dem Märkischen Adler verbunden, ist er schon für das Jahr 1280 nachweisbar. Damit beginnt die Berliner Bärentradition, die bis in unsere Gegenwart reicht. Inwieweit der Name Berlins mit dem des Bären zusammenhängt, sei dahingestellt. Auffällig ist aber, dass Städte mit dem Namensbeginn »Ber« (wie Bernburg, Bern und Bernau) auch einen Bären in ihren Wappen führen.

Verglichen mit der jahrhundertelangen Geschichte des Berliner Bären als Siegel- und Wappentier hat der Bärenzwinger im Kölnischen Park nur eine kurze Historie. Es geht auf einen Bürgervorschlag zurück, der 1937 an die »B.Z. am Mittag« gerichtet wurde und Anlass für den Bau des Bärenzingers war: Man wollte etwas Lebendiges. Es gab ja bereits sehr viel »Bärenkunst« in Form von Skulpturen und Denkmälern, beispielsweise die Bären am Turm des Roten Rathauses, die Plastiken am Märkischen Museum, Bärenköpfe an Berliner Brücken u.a. Doch nun, so der Vorschlag des Leserbriefschreibers, sollte ein echter brummender Bär her, dem man Zucker geben kann und der die großen Pfoten durch die Stäbe steckt.

Die damalige braun durchfärbte Stadtverwaltung nahm diesen Vorschlag gern auf und suchte einen geeigneten Standort. Alles sah nach einer unpolitischen Aktion auf Bürgerwunsch aus und lenkte von den verbrecherischen Zielen und Aktivitäten der Nazi-Diktatur ab. Die Grünanlage am Märkischen Museum sollte ohnehin umgebaut werden und bot sich als geeigneter Platz an. Die Stadt Bern schenkte Berlin zur 700-Jahr-Feier einen Bären, der Zeitungsverlag steuerte einen zweiten Bären bei. Im August 1939 wurde der Bärenzwinger eingeweiht. Die Presse schrieb über die begeisterten Berliner. Und ein paar Tage später vom »Zurückschießen« an der polnischen Grenze.

Im Krieg kamen auch alle Bären bis auf einen ums Leben, der Bärenzwinger wurde teilweise zerstört.

1949 regte wieder ein Leserbrief an, der Stadt Bären zu schenken. Wieder kamen sie aus Bern, und noch im selben Jahr wurde durch den Ostberliner Oberbürgermeister der Bärenzwinger neu eröffnet. Die Tradition wurde durch Namensgebungen und Bärenaufen fortgesetzt, Nante und Jette waren die ersten bekannten Namen. Auch in den Folgejahren suchte man unter Beteiligung der Öffentlichkeit nach Namen für die wechselnden Zwinger-Bewohner. Die letzten drei Bären hießen Schnute, Tilo und Maxi. 1994 wurde der Verein

»Berliner Bärenfreunde« gegründet. Es folgte eine Debatte über artgerechte Haltung, bis schließlich im Herbst 2015 auch Schnute verstarb.

Jetzt steht der Zwinger leer und bietet einen trostlosen Anblick. Was soll damit geschehen? Die Geschichte und Funktion des Ortes ist an den baulichen Gegebenheiten noch deutlich lesbar: der Wassergraben, die dicken Bohlen und Absperrgitter ... Was also soll man damit anfangen? Von der Bezirksverwaltung sind kaum zündende Ideen zu erwarten. Personalknappheit und Haushaltsengpässe befördern keine Kreativität. Ebenso wenig Hoffnung kann man in die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung setzen, die eine Planung zur denkmalgerechten Instandsetzung des Kölnischen Parks unmittelbar vor ihrem Verwaltungsgebäude veranlasste: Nach dreijähriger Bauplanung wurden im Jahr 2013 die Pläne in die Schubladen gelegt und die Realisierung ausgesetzt. Der Bärenzwinger als Bestandteil des Kölnischen Parks war damals nicht Gegenstand der Planung, ein Wegfall der Funktion nicht vorausbedacht.

Nun muss überlegt werden, was mit dem Zwinger geschehen könnte. Umbau und Ausbau, Abriss und Neubau? Vergrößerung der Parkfläche? Jetzt sind Ideen gefragt: Wie soll mit dem Ort umgegangen werden, der berlinweit bekannt war und eine einmalige, wenn auch umstrittene Attraktion aufzuweisen hatte? Was könnte in der unmittelbaren Nachbarschaft des Märkischen Museums entstehen und eine Berliner Landmarke werden?

Wir sollten das nicht allein den Stadtplanern in den Verwaltungen überlassen. Deshalb bitten wir Anwohner, Geschichtsfreunde, Architekturinteressierte, überhaupt alle Berliner, sich mit Ideen zur Neugestaltung des Bärenzingers zu äußern. Bringen Sie sich ein mit Ihren Vorstellungen zur zukünftigen Gestaltung und Nutzung des Ortes! Richten Sie ihre Vorschläge an den Bürgerverein Luisenstadt oder an die Redaktion der »Ecke Köpenicker«.

Volker Hobrack (für den Bürgerverein Luisenstadt)

## Leser-Ecke

Die Berliner Luisenstadt ist nun auch bei Facebook

Im Rahmen einer privaten Initiative ist eine Gruppe für die Bürger der Berliner Luisenstadt, Besucher und Interessierte eingerichtet worden. Diese Gruppe soll dazu dienen, Informationen über unseren Stadtteil zu vermitteln, auf Dinge aufmerksam zu machen, über Ereignisse zu berichten und auch mal zu sagen, wo es weh tut. Das mit vielen Fotos und Berichten. Die Gruppe findet man unter der Adresse: [www.facebook.com/groups/BerlinerLuisenstadt](http://www.facebook.com/groups/BerlinerLuisenstadt) Interessierte sind herzlich eingeladen, der Gruppe beizutreten und sich aktiv einzubringen. Jörg Simon (Gruppengründer)

Bärenzwinger

Vor einiger Zeit wurde die Frage aufgeworfen, was aus dem Bärenzwinger werden soll. Sehr bedauerlich wäre, wenn er verrotten würde. Meine Anregung dazu ist, diesen in die Verantwortung des Märkischen Museums zu übergeben und als »Außenexposition« des Museums zu nutzen. Dieser Zwinger gehört zur Geschichte der Stadt und die unmittelbare Nähe zum Märkischen Museum ist von Vorteil. Jörg Simon

## Treffpunkt Bärenzwinger!

Auf den ersten Blick sieht es aus wie ein Festungsmodell, in dem Halbwüchsige zu Kaisers Zeiten ihren Militär-Spieltrieb ausleben konnten. Erst bei genauerem Hinsehen wird erkennbar, dass hier gefährliche Raubtiere in einem altertümlichen Hochsicherheitstrakt dahingevegetieren mussten. Schon der Name ist Programm: »Zwinger«. Denn hier wurden – alles andere als artgerecht – Bären gezwungen, sich von einem sich wohligh gruselnden Publikum begaffen zu lassen. Angesichts des Baujahrs 1937 steht die Unfreiheit der nationalsozialistischen Diktatur paradigmatisch für das Ganze. In jenem Jahr feierten die braunen Machthaber (und Tausende Berliner mit ihnen) das 700jährige Bestehen Berlins und inszenierten sich mit einem gewaltigen Festzug als alternativlosen Endzustand der Geschichte. Der Mummenschanz sollte die Berliner in ihren Bann ziehen und hat es wohl auch getan. Vielleicht ist dieser Zusammenhang in Vergessenheit geraten, vielleicht wollte sich auch niemand mehr damit beschäftigen – jedenfalls blieb der Bärenzwinger bestehen, über die nächste (SED-)Diktatur hinweg bis zum Tod der letzten Bärin im überaus freien demokratischen Deutschland. Doch warum tun sich viele so schwer, sich hier eine neue Nutzung vorzustellen? Es liegt doch auf der Hand, dass der Park am Märkischen Museum dringend einen Mittelpunkt für buntes Leben braucht; einen Treffpunkt mit einem gemütlichen Café, wo Familien, Nachbarn, Museumsbesucher, Touristen verweilen und sich begegnen können. Nur so entsteht hier eine neue Aufenthaltsqualität. Zudem soll die alte Waisenbrücke neu aufgebaut werden, um die historische Achse zum Nikolaiviertel und zum (neuerbauten) Stadtschloss wiederherzustellen, und auch der geplante Spreeuferweg wird viele Besucher anziehen.

## Veranstaltungen des Bürgervereins Luisenstadt im Januar/Februar

Führung: Die Blindenanstalt von Berlin

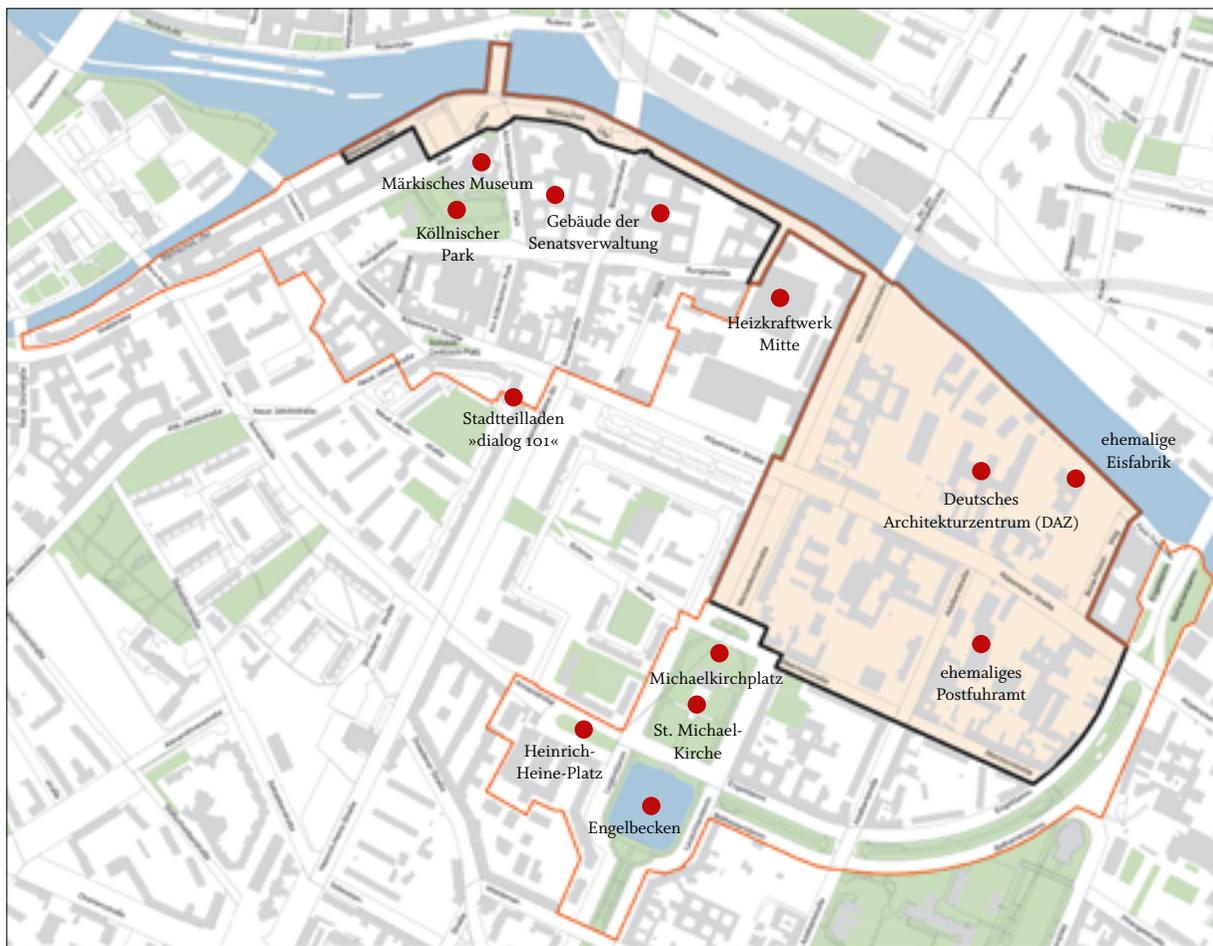
Die Blindenanstalt in der Oranienstraße 26 geht als Institution auf das Jahr 1902 zurück. Das Gebäude wurde 1863/64 errichtet und diente zunächst als Gemeindeschule. Heute werden hier immer noch in (Blinden-)Handwerkstradition Bürsten, Besen, Körbe und Flechtwaren hergestellt. Seit 1998 sind die Werkstätten auch weltweit bekannt: Unter dem Markennamen »DIM – Die imaginäre Manufaktur« werden hier Designobjekte produziert, die sogar in Museumshops in London, Tokio oder New York verkauft werden. Führung und Besichtigung mit Frank Schönfeld am 21. Januar, 11.30–13 Uhr, Treffpunkt: Verkaufsladen Oranienstraße 26

Die anarchistische Bewegung in der Luisenstadt

Die Geschichte der Luisenstadt ist untrennbar mit der Arbeiterbewegung verbunden. Doch während die Gewerkschaftsgeschichte sehr präsent ist, gerieten andere Strömungen in Vergessenheit. Kaum bekannt ist, dass Anfang des letzten Jahrtausends neben Sozialdemokraten und Gewerkschaftern auch Anarchisten in der Luisenstadt ihre Treffpunkte hatten. In einem Vortrag stellt Erik Natter Protagonisten und Treffpunkte vor, die Vielfalt der Strömungen und Gruppierungen und ihre Verbindungen zu den emanzipatorischen Bewegungen der Moderne. Vortrag, Mittwoch, 8. Februar, 19–20.30 Uhr, Stadteilladen »dialog 101«, Eintritt frei!

Die halbrunden Ausbuchtungen des einstigen Bärenzingers eignen sich hervorragend für eine Verglasung. Der Wassergraben kann zugeschüttet werden, dort aufgestellte Spielgeräte für Kinder entlasten dann die Reliefs und Plastiken am Märkischen Museum – damit der guten alten Steinsphinx nicht doch einmal die Nase abgebrochen wird. Kleine Wechslausstellungen über die Berliner Geschichte wären denkbar – an interessierten Initiativen und Künstlern wird es gewiss nicht fehlen. Das Café sollte aber nicht rein kommerziell genutzt werden (wir haben genug hippe Latte-Macchiato-Buden). Warum sollte nicht eine der Berliner Initiativen für benachteiligte Menschen dies betreiben, beispielsweise das Café Sybille in der Karl-Marx-Allee, der Laden der ehemaligen Blindenwerkstatt in der Oranienstraße 26 oder die Kiezkantine in der Oderberger Straße? Das sind Orte, wo benachteiligte Menschen Berufsausbildungen absolvieren und die auch Kieztreffpunkte sind: Denn hier steht nicht die Mammon-Maximierung im Vordergrund, sondern das Miteinander. Erik Natter





 Sanierungsgebiet  
 Nördliche  
 Luisenstadt  
  
 Erhaltungsgebiete

## Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

### Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt,

Fachbereich Stadtplanung  
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin  
 Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,  
 Tel 901 84 58 45  
[kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de](mailto:kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de)

### Sanierungsverwaltungsstelle

Reinhard Hinz (Gruppenleitung)  
 Tel 901 84 58 53  
[reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de](mailto:reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de)  
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57  
[anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de](mailto:anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de)  
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21  
[wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de](mailto:wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de)

### Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Referat IV C – Stadterneuerung  
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin  
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19  
[joachim.hafen@senstadtum.berlin.de](mailto:joachim.hafen@senstadtum.berlin.de)

### Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH  
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin  
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,  
[bachmann@kosp-berlin.de](mailto:bachmann@kosp-berlin.de)  
 Urte Schwedler, Tel 33 00 28 44,  
[schwedler@kosp-berlin.de](mailto:schwedler@kosp-berlin.de)  
[www.luisenstadt-mitte.de](http://www.luisenstadt-mitte.de)

Bürgersprechstunde: Montag 14–18 Uhr  
 im Stadtteilladen dialog 101,  
 Köpenicker Straße 101

### Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt

Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79  
[birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de](mailto:birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de)

### Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt

Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr, Stadtteilladen dialog 101, Köpenicker Straße 101,  
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,  
 Tel 275 47 69, [volker.hobrack@gmail.com](mailto:volker.hobrack@gmail.com)  
 bzw: [bv.luisenord@gmail.com](mailto:bv.luisenord@gmail.com)  
[www.luisse-nord.de](http://www.luisse-nord.de)

### Bürgerverein Luisenstadt

Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,  
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08  
[buerer@buergerverein-luisenstadt.de](mailto:buerer@buergerverein-luisenstadt.de)  
[www.buergerverein-luisenstadt.de](http://www.buergerverein-luisenstadt.de)  
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr